

Stellungnahme von Lydia Klinkenberg zur Interpellation von Herrn Servaty an Minister Antoniadis in Ausschuss IV am 07. Dezember 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Zu den Auswirkungen der Sparmaßnahmen der Föderalregierung auf die Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Interpellation von Herrn SERVATY (SP) an Herrn Minister ANTONIADIS zu den Auswirkungen der Sparmaßnahmen der Föderalregierung auf die Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Plan der Föderalregierung in den kommenden Jahren Sparmaßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens vornehmen zu wollen, hat im gesamten Land hohe Wellen geschlagen. Dies verwundert nicht, schließlich ist ein finanziell adäquat ausgerüsteter und gut funktionierender Gesundheitssektor von großer Bedeutung für die Volksgesundheit in unserem Land.

Die geplanten Sparmaßnahmen sollen – wie bekannt wurde – auf drei Säulen fußen:

1. Rationalisierungen in der Krankenhauslandschaft. Hier sollen Einsparungen im Bereich der Pflegeangebote und eine Reduzierung von Überkapazitäten im Bereich der Betten, der Dienstleistungen, der Geräte usw. – vorgenommen werden.

2. Reduzierung der Verpflichtungen der Krankenhäuser, was einhergeht mit einer Senkung der Kosten.
3. Weitere Einsparungen allgemeiner Art.

Die angekündigten Sparmaßnahmen in Höhe von 902 Millionen Euro allein für 2017 greifen der Krankenhausreform vor. Innerhalb dieses Rahmens sieht die föderale Gesundheitsministerin, Maggie De Block, eine Vielzahl an Maßnahmen vor, um eine komplette Neuorganisation des Sektors vorzunehmen und die Kosten erheblich zu senken. Einige dieser Maßnahmen können den Krankenhausstandort DG direkt betreffen und sollten mit besonderem Augenmerk behandelt werden.

So soll es künftig maximal 25 Krankenhausnetze für das gesamte belgische Territorium geben. Jedes einzelne Netz deckt dabei eine Anzahl von 400.000 bis 500.000 Personen ab. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die einzelnen Krankenhäuser eines Netzes in unterschiedlichen Teilstaaten des Landes situiert sein können. Von dieser Klausel könnten nicht zuletzt die Deutschsprachige Gemeinschaft mit ihren 2 Krankenhäusern und einem verhältnismäßig geringen Bevölkerungsanteil profitieren. Selbstredend wird hier eine Kooperation mit weiteren Krankenhäusern außerhalb der DG vorausgesetzt.

Eine weitere vorgesehene Maßnahme betrifft die defizitären beziehungsweise lukrativen Aktivitäten öffentlicher Krankenhäuser. Der allgemeine Trend zeigt dahin, dass gerade letztere allzu oft in privaten Krankenhäusern in Anspruch genommen werden, während die öffentlichen häufig mit ersteren befasst sind. Die große Herausforderung, die sich hieraus ergibt, ist, den langfristigen Zugang zu den öffentlichen Krankenhäusern für alle Bürger zu gewährleisten.

Weitere Eingriffe will die Föderalregierung bei der Anzahl Betten vornehmen, die ein Krankenhaus anbieten kann. Hier ist sogar von einem vorläufigen Moratorium bei der Benennung, Festlegung und Einrichtung von Betten die Rede. Hierzu sind laut Berichten zwei Königliche Erlasse in Planung.

Weitere Anpassungen betreffen die Festlegung der Pflegeprogramme, der Dienstleistungen und Aufgabenfelder der Krankenhäuser. Die hier zur Disposition stehenden Anpassungen sollen im gesamten Land Geltung haben. Dies setzt eine Anpassung der Gesetze über die Krankenhäuser voraus.

Diese und weitere Änderungen sollen in einer interministeriellen Konferenz konzertiert werden, an der die zuständigen Minister aus allen Landesteilen gemeinsam mit der Föderalministerin teilnehmen werden.

Wie aus dem Bericht hervorgeht, fasst die Föderalregierung kurzfristige und langfristige Sparmaßnahmen ins Auge. Zu den ersteren zählen dabei Einsparungen bei den Personalkosten sowie bei den Funktionsausgaben. In erster Linie ist hiermit die Anzahl in ein Netz integrierter Krankenhausinfrastrukturen gemeint. Die langfristigen Sparmaßnahmen werden nicht konkret benannt, da sie sich in Folge von Infrastrukturabwicklungen ergeben. Alleine dieser Umstand lässt jedoch nichts Gutes für die Zukunft der Krankenhäuser in unserem Land erahnen.

Schlussendlich soll das von der Föderalregierung vorgesehene Haushaltsziel auch dadurch erreicht werden, dass die Krankenhäuser effizienter arbeiten. Dies bedeutet, dass die Netzstrukturen intensiver genutzt werden und infrastrukturelle Doppelangebote vermieden werden sollen.

Die geplanten Maßnahmen der zuständigen Ministerin De Block werden sicherlich einen Einfluss auf die Zukunftsvision 2025 des Krankenhauswesens der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben. Hierin sind 4 Szenarien festgeschrieben, die für die Zukunft in Frage kommen. Das gewählte Szenario entspricht dabei der Erhaltung beider Krankenhausstandorte mit einer festeren Verankerung in der DG und einer Senkung der Patientenabwanderung, einer Optimierung der verfügbaren Ressourcen, der Angleichung der Dienste und der Stärkung der Leitung.

Vor diesem Hintergrund lauten meine Fragen:

Im Rahmen welcher Partnerschaften sollen die Krankenhäuser auf dem Gebiet der DG in ein Netz eingebunden werden, um das geforderte Einzugsgebiet von 400.000 bis 500.000 Personen zu erreichen?

Besteht auch in der DG das Problem, dass die Krankenhäuser häufig mit defizitären Aktivitäten befasst sind?

Welche Maßnahmen sollen in den Krankenhäusern der DG ergriffen werden, um das Angebot nachhaltig zu festigen?

Wird die Reform Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden Betten in den Krankenhäusern der DG haben? In welchem Ausmaß?

Wann soll die angekündigte interministerielle Konferenz stattfinden? Welche Forderungen hat die DG in diesem Zusammenhang an die föderale Gesundheitsministerin, Maggie De Block?

Sind die Folgen der genannten kurz- und langfristigen Sparmaßnahmen der Föderalregierung für die Krankenhäuser der DG bereits absehbar?

Welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, um die vorhandenen Netzstrukturen intensiver zu nutzen und infrastrukturelle Doppelangebote zu vermeiden?

Erlauben die Maßnahmen der Föderalregierung am gewählten Szenario der Zukunftsvision 2025 des Krankenhauswesens der Deutschsprachigen Gemeinschaft festzuhalten?

Und abschließend:

Welchen generellen Einfluss werden die Reformen der Föderalregierung auf das Krankenhauswesen und die in der DG angebotenen Dienstleistungen haben? Und wie gedenken Sie auf diese Entwicklungen zu reagieren?

Stellungnahme von Lydia Klinkenberg:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Minister,
werte Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank, Herr Servaty, für diese Interpellation zu den Krankenhäusern.

Eine Sache ist bisher noch gar nicht zur Sprache gekommen, nämlich dass die DG über eine hochwertige Gesundheitsinfrastruktur verfügt und unsere Krankenhäuser durch die Übertragung der Finanzierung der Krankenhausinfrastrukturen im Rahmen der 6. Staatsreform mehr Planungssicherheit erfahren. So wurde beispielsweise ein neuer Kernspintomograph und ein Nierensteinertrümmerer angeschafft. Das sind

durchaus erwähnenswerte positive Entwicklungen, denn letztlich sind unsere Krankenhäuser auch wichtige Arbeitgeber in unserer Gemeinschaft, die unseren Wirtschaftsstandort attraktiver gestalten.

Die De Block-Maßnahmen machen allerdings auch uns große Sorgen.

Auf der anderen Seite bin ich der Überzeugung, dass die beste Antwort auf die Reformvorhaben der Föderalregierung eine gute Gesundheitsplanung ist – auch mit Blick auf die großen Herausforderungen im Gesundheitsbereich wie z.B. in der Palliativpflege oder was psychiatrische und chronische Erkrankungen angeht. Und dazu gehört natürlich auch – wenn man an mögliche Synergien denkt – eine verstärkte Zusammenarbeit der beiden Krankenhäuser untereinander und mit Partnerkrankenhäusern, eine intensiviertere Kooperation mit dem gesamten Gesundheitssektor wie z.B. den Hausärzten, der häusliche Hilfe etc.

Die Inspektion in Zusammenarbeit mit Flandern hat zudem einige interessante Perspektiven der Qualitätsentwicklung aufgezeigt, die wir nutzen sollten.

All das wird – so hoffen wir – zur Absicherung der beiden Krankenhäuser beitragen. Unsere Unterstützung haben sie, um eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung in unserer Muttersprache zu gewährleisten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Lydia Klinkenberg

ProDG-Fraktion